

Regierung will Gleichstellung schrittweise umsetzen

Ja, aber zuerst nur in der kantonalen Verwaltung: So antwortet die Regierung auf die Forderung der SP, einen Aktionsplan zur Gleichstellung von Frau und Mann zu erarbeiten.

von Hans Peter Putzi

In Bezug auf die Gleichstellung von Frau und Mann sei Graubünden auf einem guten Weg, aber noch lange nicht am Ziel. Dies schrieb die SP-Fraktion des Grossen Rates in einem Fraktionsauftrag, den sie am 14. Juni, am Tag des nationalen Frauenstreiks, einreichte. Mit einem «Aktionsplan zur Gleichstellung von Frau und Mann in Graubünden» wollen die Sozialdemokraten schneller ans Ziel gelangen. Erstunterzeichnerin Sandra Locher Benguerel und 17 weitere SP-Mitglieder monieren viele Bereiche in Bezug auf die Gleichstellung, die in Graubünden nicht korrekt umgesetzt seien.

Die SP wünscht sich unter anderem mehr Frauen in der Politik und einen höheren Frauen-Anteil an der Spitze von politischen Organisationen, Verwaltung und privaten Unternehmen. Weiter fordert sie zusätzliche kantonale Massnahmen gegen die Lohnungleichheiten zwischen Frauen und Männern und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch die «wachsende Altersarmut der Frauen» und der Schutz vor häuslicher Gewalt will die SP künftig in Graubünden energischer bekämpfen.

Vierjähriger Prozess

Gestern hat die Regierung mitgeteilt, wie sie dem Auftrag der SP nachkommen will. «Die Regierung ist der Ansicht, dass der Kanton Graubünden die Gleichstellungsarbeit weiter vorantreiben will», schreibt sie. Sie hält einen Aktionsplan mit konkreten Massnahmen für ein geeignetes Instrument, um unter anderem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Auch will sie mit einem solchen Masterplan den Kanton als modernen und attraktiven Arbeitgeber positionieren.

Doch profitieren sollen von einem kantonalen Strategiepapier vorab nur



Erster Erfolg: Am 14. Juni forderten die Frauen auch in Graubünden Gleichberechtigung und Gleichstellung – die Bündner Regierung ist nun bereit, einen weiteren Schritt in diese Richtung zu tun.

Bild Theo Gstöhl

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons. Denn die Regierung beantragt dem Parlament, den SP-Auftrag abzuschwächen. Dieser forderte auch ein Plan für weitergehende Massnahmen ausserhalb der kantonalen Verwaltung.

«Damit können wir gut leben», sagte Locher Benguerel dazu auf Anfrage. Zwar hätte es die SP natürlich begrüsst, wenn die Regierung den Auftrag im ursprünglichen Wortlaut angenommen hätte. Doch Locher Benguerel weiss wohl, dass im bürgerlich dominierten Parlament die Überweisung eines Auftrags, der auch private Unternehmen in die Pflicht genommen hätte, nicht angenommen worden wäre.

Unter Federführung der Stabsstelle für Chancengleichheit von Frau und

Mann beantragt die Regierung dem Grossen Rat, ein vier Jahre dauerndes Projekt zu starten. Gestützt auf das Ergebnis sollen dann Ziele und Massnahmen zur Sicherung der Gleichstellung von Frauen und Männern in der kantonalen Verwaltung festgelegt werden.

Frage der Kosten unbeantwortet

Erst nach der Umsetzung dieser ersten Etappe will die Regierung entscheiden, ob der grössere Schritt, ein Aktionsplan ausserhalb der Verwaltung, an die Hand genommen wird. Warum sie derzeit auf einen Aktionsplan für alle Bereiche abseits der Verwaltung verzichten will, teilt sie nicht mit. Sie verweist auf Nachfrage auf die Gepflogenheit, dass sie zu Antworten auf Aufträge und Anfragen des Gros-

sen Rates in der Regel erst in der Debatte des Grossen Rates Stellung beziehe. Möglicherweise hofft die Regierung, dass in ein paar Jahren auch in der Privatwirtschaft die Bereitschaft da sein wird, die Gleichstellung von Frau und Mann lückenlos umzusetzen. «Auch andere Kantone und Städte beschränken sich im Moment noch auf die kantonale Verwaltung», so Locher Benguerel. Wichtig sei jedoch, dass die Regierung eine Türe offen lasse und dass sie mit den vier Jahren einen verbindlichen Zeitraum für den Aktionsplan Verwaltung vorschlage.

Offen bleibt vorerst, wie viel Geld die Regierung für den «Aktionsplan Gleichstellung für die öffentliche Verwaltung» bereitstellen will. Auch diese Frage hat sie gestern noch nicht beantwortet.